

Gemeinsame Beratung der Preisprüfungsstellen.

W. Budapest, 8. Juli. Die in Wien begonnenen Beratungen der österreichischen und der ungarischen Zentralpreisprüfungsstelle wurden Samstag hier fortgesetzt. Es nahmen daran teil von österreichischer Seite der Präsident des Gemeinsamen Ernährungsausschusses G. M. Landwehr, mehrere Großindustrielle und Großgrundbesitzer, der Sekretär der Wiener Handelskammer Dr. W. Rabey und andere. Am Sonntag wurde das Resultat der Verhandlungen ratifiziert.

Handelsminister Szteranyi hielt eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die enge wirtschaftliche Verbindung, in der unsere beiden Staaten zu einander stehen, bringt es mit sich, daß wir ein einvernehmliches Vorgehen anstreben müssen. Wenngleich jeder Staat für sich auf diesem Gebiete ganz autonom und selbständig ist, erheischen doch sehr wichtige Zweckmäßigkeitsgründe, daß wir in wirtschaftlichem Einvernehmen vorgehen. Leider sind diese Institutionen hien und drüben verspätet und erst zu einer Zeit ins Leben gerufen worden, da wir mit dem Preiswucher kaum mehr den Kampf aufnehmen können; aber trotzdem noch nicht zu spät, wenn wir die Sache wirklich ernst nehmen. Wenn die Preisprüfungsstellen in Ungarn und in Oesterreich ihren Bestand vor der Öffentlichkeit rechtfertigen sollen, dann müssen sie sich auf den Boden konkreter Aufgaben begeben und alles andere, mögen die Gesichtspunkte noch so verlockend sein, beiseite schieben. Der Minister erklärte, er hege die Hoffnung, daß schon in kürzester Zeit der Öffentlichkeit gegenüber Resultate werden ausgewiesen werden können, die sie darüber beruhigen, daß endlich durch die Energie der Regierung dem Kettenhandel und dem Preiswucher Grenzen gesteckt werden.

Der größte Fehler in der ganzen Administration unserer Kriegswirtschaft war, daß wir, Oesterreich und Ungarn, uns über die Kriegswirtschaft nicht rechtzeitig verständigt haben. Was versäumt wurde, soll aber nach Möglichkeit nachgeholt werden. Die ungarische Regierung ist auf das innigste von dem Wunsch befeelt, auf kriegswirtschaftlichem Gebiete ebenso wie auf dem friedenswirtschaftlichen im Verein mit der österreichischen Regierung die wirtschaftlichen Interessen der beiden Staaten zum Wohl der Monarchie im Einverständnis und in freundschaftlichem Verhältnis zu fördern. Er sei überzeugt, daß österreichischerseits dieselben Gefühle gehegt werden und daß die österreichische Regierung denselben Prinzipien huldigt.

Die beiden Preisprüfungsstellen kamen hierauf nach erfolgter Beratung darüber überein, in Zukunft einander systematisch ihre Erfahrungen mitzutheilen und einander gegenseitig in allem zu unterstützen. Sie werden besonders in jenen Fragen in Berührung miteinander treten, die gleichmäßig Ungarn und Oesterreich betreffen. Von österreichischer Seite war auch die Feststellung von Höchstpreisen für lebendes Rindvieh und für Wein beantragt worden. Die ungarische Stelle hegt jedoch die Auffassung, daß sie wenigstens vorläufig der Regierung in dieser Hinsicht keine Vorschläge unterbreiten könne. Infolge der großen Preissteigerung der Industriartikel und der energisch heruntergedrückten Getreidepreise braucht die ungarische Landwirtschaft die Kompensation, welche die freie Bewegung der Preise des Lebendviehes den Landwirten sichert. Die behördliche Feststellung der Preise des Fleisches und der tierischen Nebenprodukte aber wird von der ungarischen Stelle gebilligt, wie sie auch in betreff der Feststellung von Höchstpreisen für das Lebendvieh Vorschläge unterbreiten würde, sobald die behördliche Regelung der Preise der Industriartikel in Ungarn und in Oesterreich die Produktionskosten der ungarischen Landwirte sichtbar vermindern wird. Der Wein ist nach Anschauung dieser Stelle kein Bedarfsartikel erster Ordnung und der Bedarf Oesterreichs wird hauptsächlich von der österreichischen Weinproduktion gedeckt. Deshalb wird die ungarische Stelle beantragen, daß bei der Regelung der Weinpreise in erster Reihe der Weineexport und die Valutafrage berücksichtigt werden.

Beide Stellen sprachen sich für die unverzügliche Durchführung der Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz aus und kamen dahin überein, zum Ausbau der jetzt gefassten Beschlüsse im September abermals eine gemeinsame Beratung abzuhalten.